

# Die Woche COMPACT: Dresden und der Nazinotstand

Droht Dresden der Ausnahmezustand. Ja, wenn man einen Beschluss des örtlichen Stadtrates ernst nimmt. Für dessen linke Mehrheit ist die Metropole an der Elbe nämlich ein Notstandsgebiet. Was genau gemeint ist, erfahren Sie in dieser Ausgabe von Die Woche COMPACT. Das sind die Themen im Einzelnen: Nazinotstand – Wie Dresdens Bürger eingeschüchtert werden / Prüffall oder Opfer? – Die AfD und der Geheimdienst / Asyl und kein Ende? – Berlin plant weitere Flüchtlingsunterkünfte / Ein Jahr im Maximilianeum – Die Bilanz der Bayern-AfD.

Beherrschen rechtsradikale Schlägerbanden die Straßen Dresdens? Ist jeder Spaziergang am Elbufer lebensgefährlich? Zumindest im Stadtrat der sächsischen Landeshauptstadt scheinen manche Abgeordnete dies zu glauben. Sie erklären nun offiziell den Nazinotstand. Doch was hat dieser Beschluss zu bedeuten?

In der AfD geht die Angst um, seit die Partei im Winter durch den Verfassungsschutz zum Prüffall erklärt wurde. Eine Beobachtung, so jedenfalls die Befürchtung, könnte die Oppositionsführerin im Bundestag viele Mitglieder und Wähler kosten. Verhindern soll das eine vor einem Jahr eingesetzte Arbeitsgruppe. Kritiker meinen jedoch, das Gremium könnte vor allem eine Kommission zur inneren Säuberung sein, begründet mit der Angst vor dem Geheimdienst. Jetzt hat die AfD-Spitze Bilanz gezogen.

Zumindest der Krieg in Syrien, wo ein Großteil der Flüchtlinge her kam, ist in weiten Teilen des Landes vorbei. Dennoch bleiben offenbar viele Asylanten praktisch dauerhaft in Deutschland. Offiziell ist vor allem von Integration, nicht von Rückführung die Rede. Wie viele verfügen denn bislang über

eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung.

Seit einem Jahr hat auch Bayerns Landtag eine AFD-Fraktion. Mit 10,2 Prozent zog die Alternative damals in das Maximilianeum ein. Aufgefallen ist die Fraktion seither nicht nur mit positiven Schlagzeilen, sondern auch inneren Auseinandersetzungen. Doch wie bewerten die Abgeordneten selbst ihre ersten zwölf Monate. COMPACT-Reporter Stefan Bauer hat einige von ihnen gefragt.